



Stellenwert von Angehörigen (beiräten) in Einrichtungen der Eingliederungshilfe – Aktueller Stand und Perspektiven

Dr. Monika Seifert, Berlin

BKEW-Mitgliederversammlung

16. März 2013



Überblick

- Erfahrungen in der Zusammenarbeit zwischen Angehörigen und Mitarbeitenden in Wohneinrichtungen
- Mitwirkungsrechte
- Handlungsfelder
- Zukunftsperspektiven

Angehörige in Einrichtungen der Behindertenhilfe – wertgeschätzt?

Blick in Einrichtungskonzeptionen/Leitbilder

- Zusammenarbeit mit Angehörigen – meist randständig thematisiert
- „Elternarbeit“ – häufig auf individuelle Ebene reduziert
- Angehörigenvertretungen – nicht überall selbstverständlich
- „Partnerschaftliche Zusammenarbeit“ und „kritische Begleitung“ der Arbeit durch Angehörige – nur selten erwünscht

Dr. Monika Seifert

BKEW-Mitgliederversammlung, 16. März 2013 (3)

Rolle von Angehörigen im Leitbild von „Leben mit Behinderung Hamburg“

Leitsatz 2 (Ausschnitt)

- „Wir schaffen verlässliche, auf Kontinuität, Fachlichkeit und Fortentwicklung gegründete Strukturen. Dabei beziehen wir die Kompetenz und Erfahrung von Eltern und die emotionale Bindung zwischen ihnen und ihren behinderten Angehörigen ein. Wir nehmen Impulse der Eltern auf. Das Zusammenwirken von Mitarbeiter/innen und Angehörigen prägt und stärkt die Arbeit von Leben mit Behinderung Hamburg.“

Leitsatz 7 (Ausschnitt)

- „An der Weiterentwicklung unserer Dienstleistungen wirken wir mit den behinderten Menschen und ihren Angehörigen zusammen. (...) Kritik an unserem Handeln und die regelmäßige Überprüfung der Qualität unserer Arbeit nutzen wir zur Verbesserung unserer Dienstleistungen. (...) Gemeinsam stellen wir uns den Fragen, die noch unbeantwortet sind oder die neu entstehen.“

<http://www.leben-mit-behinderung-hamburg.de/Leitbild-Grundsätze-Unternehmensphilosophie.10.0.html>

Dr. Monika Seifert

BKEW-Mitgliederversammlung, 16. März 2013 (4)

Erfahrungen in der Zusammenarbeit

Angesiedelt zwischen den Polen

- **Gegenseitiges Vertrauen** –
tragfähig in Belastungssituationen
- **Konflikthafte Beziehungen** –
Nährboden für Misstrauen

Problematische Situationen →
systembedingt

„Institutionen sind so konzipiert, dass Eltern
prinzipiell überflüssig sind.“ (Theo Klauß 2005)

Probleme der Interaktion zwischen Mitarbeitenden und Angehörigen

- Fehlende Artikulation der gegenseitigen
Erwartungen
- Mangelnde Transparenz der Arbeit
- Unzureichender Austausch
- Kein Konsens über Zielsetzungen
und Schwerpunkte der Arbeit mit
dem Bewohner bzw. der Bewohnerin
- Rechtfertigung statt sachliche
Auseinandersetzung
- Gegenseitige Anklagen

Ursachen von Konflikten

- Mitarbeitende – in der **Ausbildung** meist unzureichend auf die Zusammenarbeit mit Angehörigen vorbereitet
- Regelmäßiger Austausch mit den Angehörigen – in den **Kommunikationsstrukturen** von Einrichtungen meist nicht verbindlich vorgesehen
- **Sicht auf Angehörige** – häufig einseitig

Dr. Monika Seifert

BKEW-Mitgliederversammlung, 16. März 2013 (7)

Rollenzuschreibungen

Eltern als ...

- Laien
- Empfänger von Dienstleistungen
- Unterstützende und Anerkennende
- Informierte und Beurteilende
- (Mit-)Gestaltende

➔ Gesamteinschätzung: Potenzial von Angehörigen unzureichend genutzt

➔ **Mitwirkung von Angehörigen sollte integraler Bestandteil der Organisation sein**

Dr. Monika Seifert

BKEW-Mitgliederversammlung, 16. März 2013 (8)

Rechtlicher Rahmen → Wohn- und Teilhabegesetz – WTG

- **Bewohner-Beirat**
(Personen, die in der Einrichtung wohnen, auch Angehörige und sonstige Vertrauenspersonen, z. B. Mitglieder von örtlichen Seniorenvertretungen oder Behindertenorganisationen)
 - Mitwirkung/Mitbestimmung, z. B. hinsichtlich Unterkunft, Betreuung, Aufenthaltsbedingungen, Heimordnung, Verpflegung und Freizeitgestaltung
- **Beratungsgremium**
(Angehörige, Betreuer, ggf. Senioren- und Behindertenvertretungen)
 - Unterstützung des Bewohner-Beirats bei seinen Aufgaben
 - Beratung der Einrichtungsleitung und des Beirats bei ihrer Arbeit und Unterstützung durch Vorschläge und Stellungnahmen
- **Vertretungsgremium** (Angehörige und Betreuer)
 - Wahrnehmung der Aufgaben des Bewohner-Beirats

(WTG - NRW 2008)

Dr. Monika Seifert

BKEW-Mitgliederversammlung, 16. März 2013 (9)

Förderung der Wirksamkeit von Angehörigenvertretungen

- Verankerung in den Organisationsstrukturen
- Festlegung der Mitwirkungsmöglichkeiten in einer Satzung
- Bekanntmachung der Aufgaben bei allen Beteiligten
- Regelmäßige Information des Gremiums über aktuelle einrichtungsinterne Angelegenheiten und Entwicklungen in der Behindertenhilfe
- Beteiligung an fachlichen Diskussionen zur Neuausrichtung der Angebote
- Aushandeln von Interessensgegensätzen i. S. einer gemeinsamen Grundhaltung in relevanten Fragen
- Mitwirkung bei Entscheidungen, die Einfluss auf die Lebenssituation der Bewohner/innen haben

Dr. Monika Seifert

BKEW-Mitgliederversammlung, 16. März 2013 (10)

Handlungsfelder von Angehörigenvertretungen

- Unterstützung seiner Arbeit
- Stärkung seiner Mitwirkungskompetenzen
- Vermittlung bei Konflikten
- Balance zwischen Selbstbestimmung der Bewohner und Verantwortung der Angehörigen

Dr. Monika Seifert

BKEW-Mitgliederversammlung, 16. März 2013 (11)

Handlungsfelder von Angehörigenvertretungen

- Individuelle Beratung, Information, Unterstützung (z. B. im Ablöseprozess und bei der Neudefinition der Elternrolle)
- Information der Angehörigen in Angelegenheiten der Einrichtung
- Weiterleiten von Wünschen, Anregungen, Beschwerden
- Vermittlung bei Konflikten
- Kooperation mit anderen Angehörigenvertretungen

Dr. Monika Seifert

BKEW-Mitgliederversammlung, 16. März 2013 (12)

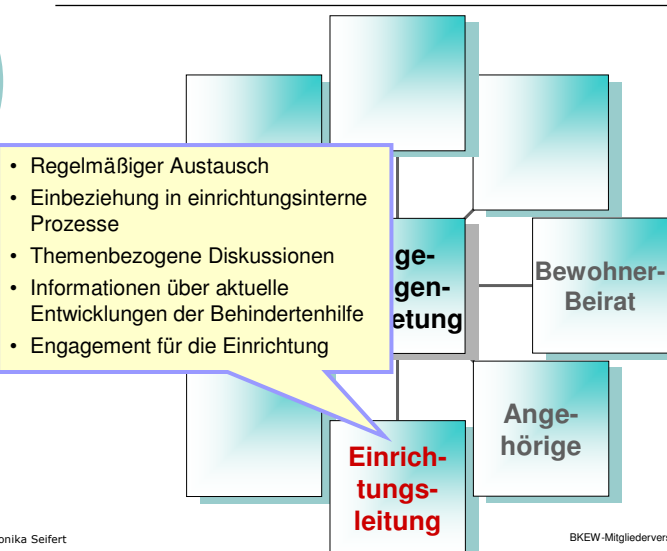
Unterstützung im Ablöseprozess und bei der Neudefinition der Elternrolle

- Verantwortliche Elternschaft bedeutet: die **Zukunft des Kindes vorbereiten**.
- Der Auszug des Kindes in eine Wohneinrichtung ist kein Weggeben, sondern ein **Teilen der Verantwortung** für sein Wohlergehen mit professionellen Betreuern.
- Auch Eltern haben **eigene Bedürfnisse** hinsichtlich ihrer Lebensgestaltung, auf die sie nicht lebenslang verzichten müssen.

Dr. Monika Seifert

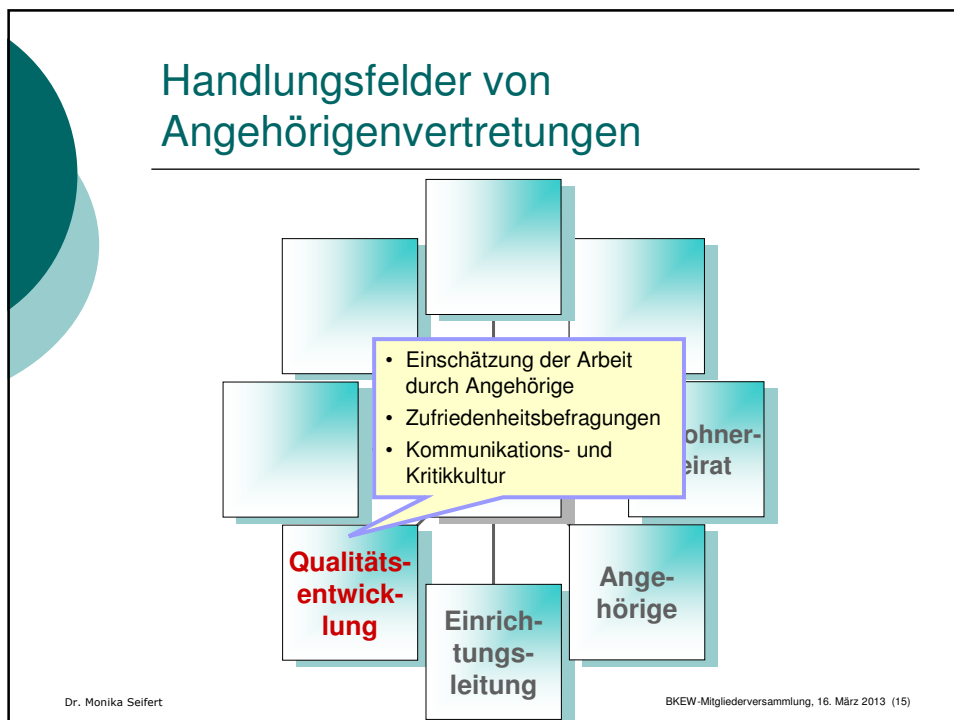
BKEW-Mitgliederversammlung, 16. März 2013 (13)

Handlungsfelder von Angehörigenvertretungen



Dr. Monika Seifert

BKEW-Mitgliederversammlung, 16. März 2013 (14)



Zufriedenheitsbefragungen Berliner Wohnteilhabegesetz - WTG

§ 8 - Beschwerdemanagement und Vorschlagswesen

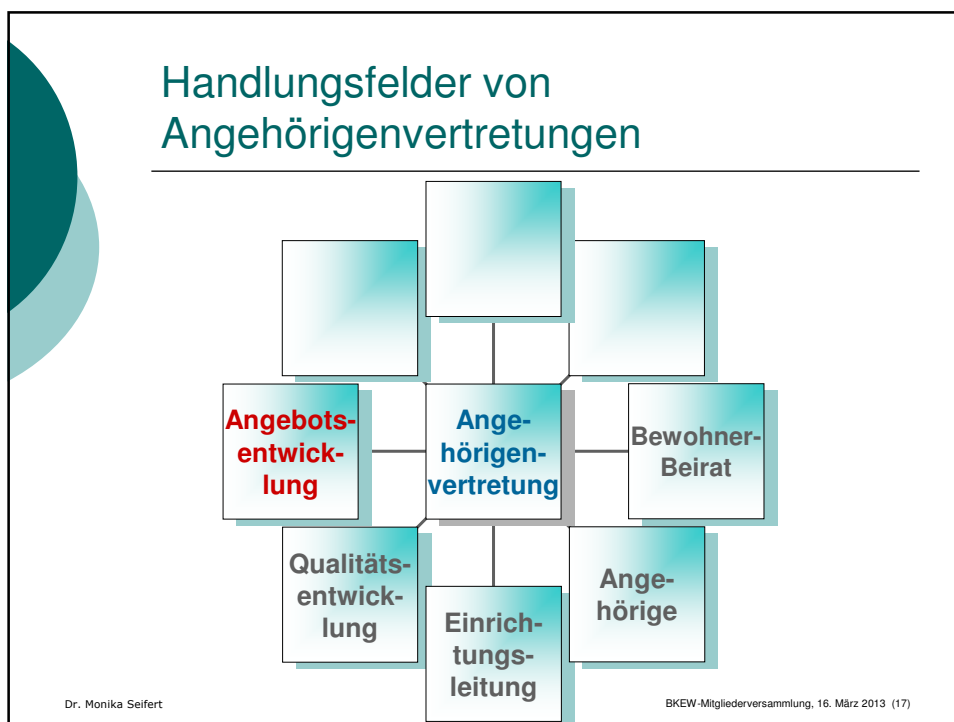
(1) Jeder Leistungserbringer hat ein Beschwerdemanagement und Vorschlagswesen einzurichten und im Abstand von bis zu zwei Jahren Befragungen über die Zufriedenheit mit der Leistungserbringung durchzuführen. Er hat die Bewohnerinnen und Bewohner sowie die Nutzerinnen und Nutzer über die Art der Erledigung und die Ergebnisse der Befragungen zu informieren. Befragungen nach Satz 1 können auch durch geeignete und entsprechend geschulte Bewohnerinnen und Bewohner, Nutzerinnen und Nutzer sowie durch ältere, pflegebedürftige oder behinderte volljährige Menschen, die in anderen betreuten Wohnformen leben, vorgenommen werden; gleiches gilt für Menschen, die nicht mehr in einer betreuten Wohnform leben.

(2) Die Bewohnerinnen und Bewohner sowie die Nutzerinnen und Nutzer können sich jederzeit mit Beschwerden an die Aufsichtsbehörde wenden.

(<http://www.berlin.de/sen/soziales/berliner-sozialrecht/land/rv/wtg.html>)

Dr. Monika Seifert

BKEW-Mitgliederversammlung, 16. März 2013 (16)



Bezugsrahmen: UN-Behindertenrechtskonvention

Inklusion

- selbstverständlich dazugehören
- Teil der Gesellschaft sein

Menschenrecht

Partizipation (Teilhabe)

- Eingebunden sein in die Gemeinschaft (soziale Teilhabe)
- Beteiligung – Mitwirkung (politische Teilhabe)
☺ „Nichts über uns ohne uns!“

Dr. Monika Seifert

BKEW-Mitgliederversammlung, 16. März 2013 (18)

Neue Herausforderungen für das System Behindertenhilfe

- Tradierte Strukturen und gewohntes Denken und Handeln in Frage stellen – neue Strategien entwickeln

Beispiel: Art. 19 UN-BRK „Unabhängige Lebensführung und Einbeziehung in die Gemeinschaft“

- Wahlmöglichkeiten beim Wohnen – nicht nur zwischen Angeboten der Behindertenhilfe
- Orientierung am „privaten Wohnen“ inmitten der Gesellschaft – Trennung von Wohnen und Unterstützung – Persönliche Assistenz zur Einbindung in die Gemeinschaft
- Allgemeine Dienste und Einrichtungen haben Vorrang vor spezialisierten Hilfen (Gemeinwesenentwicklung – inklusiver Sozialraum)

Dr. Monika Seifert

BKEW-Mitgliederversammlung, 16. März 2013 (19)

Anforderungen an Einrichtungen im Zeichen von Inklusion und Partizipation

- Individuelle Hilfeleistungen
- Partizipation
- Zielperspektive: Lebensqualität

**Personen-
zentrierung**

- soziale Teilhabe
- kulturelle Teilhabe
- gesellschaftliche Teilhabe
- politische Teilhabe

**Sozialraum-
orientierung**

Dr. Monika Seifert

BKEW-Mitgliederversammlung, 16. März 2013 (20)

ASMK: Eckpunkte zur Reform der Eingliederungshilfe (2009)

- Bezug zur UN-Behindertenrechtskonvention:
**Wechsel von der institutionsbezogenen zur
personenzentrierten Sichtweise**
- Personenzentrierte Teilhabeleistungen
 - Aufhebung der Trennung zwischen ambulant und stationär
 - Durchlässiges und flexibles Hilfesystem
 - Förderung individueller Wohnformen
 - Auf- und Ausbau eines inklusiven Sozialraums

Dr. Monika Seifert

BKEW-Mitgliederversammlung, 16. März 2013 (21)

Gegenwärtiges Hilfesystem

- **stationäre Einrichtungen** überwiegen
→ **61 %** der Empfänger von „Hilfen zum selbstbestimmten Leben in betreuten Wohnmöglichkeiten“ leben im Heim (2011)
- verstärkter Ausbau des **ambulant betreuten Wohnens**
→ **39 %** der Leistungsempfänger nehmen ambulante Unterstützung beim Wohnen in Anspruch (2011)
- Zunahme der Betreuung behinderter Menschen in **Pflegeeinrichtungen** mit Versorgungsvertrag nach § 72 SGB XI
- Strukturelle und konzeptionelle Voraussetzungen zur **Einbindung in die Gemeinde** unzureichend

Dr. Monika Seifert

BKEW-Mitgliederversammlung, 16. März 2013 (22)

Projekt „Kundenstudie“
Unterstütztes Wohnen in Berlin

Wohnvorstellungen von Menschen mit Behinderung

- „Ich möchte anders wohnen als jetzt“
 - Betreutes Wohnen: 42 % der Befragten (n = 142)
 - Herkunftsfamilie: 48 % der Befragten (n = 65)
- **Wie möchten Sie gerne wohnen?**
 - Priorität: Leben in einer **eigenen Wohnung** (allein – mit Freund/in – mit Partner/in)
 - mit der individuell notwendigen **Assistenz**
 - in **sozialen Bezügen** (privat und im Stadtteil/Quartier)
 - in einem **Wohnumfeld**, das eine gute Infrastruktur bietet und nicht durch eigene Probleme belastet ist

Wohngemeinschaft und Wohnheim werden selten genannt.

Dr. Monika Seifert BKEW-Mitgliederversammlung, 16. März 2013 (23)

Projekt „Kundenstudie“
Unterstütztes Wohnen in Berlin

Wie sollen Menschen mit Behinderung in Zukunft wohnen?



Alle sollen so wohnen können, wie sie es sich wünschen!

Mit anderen Menschen und Nachbarn freundlich nebeneinander!


Behinderte Leute auf der Straße sollen nicht geärgert werden!

Ohne Gewalt sollen sie leben!

Mit einer schönen Frau!

Dass die normalen Menschen sie ganz normal behandeln und Respekt erweisen!


Dr. Monika Seifert BKEW-Mitgliederversammlung, 16. März 2013 (24)

 Projekt „Kundenstudie“
Unterstütztes Wohnen in Berlin

Wohnvorstellungen von Eltern behinderter Menschen

- Langfristiges Zusammenleben in der **Familie** (ca. 25 %) → mit externer Unterstützung, ggf. Persönliches Budget
- Bei Auszug aus dem Elternhaus:
→ Bevorzugung **gemeinschaftlicher Wohnformen**
- Präferenz: „**Leben in Nachbarschaften**“
 - Orientierungspunkte: Individualität – Gemeinschaft – Einbindung in den Kiez – Nähe zu den Eltern
 - Beispiele: Wohnverbund mit kleinen Wohneinheiten – Apartmenthäuser – Integrative Hausgemeinschaft – Integrative Wohngemeinschaften – Mehrgenerationenwohnen – individuelle Unterstützungsarrangements
 - **Keine Ausgrenzung von Menschen mit hohem Hilfebedarf!**

Dr. Monika Seifert BKEW-Mitgliederversammlung, 16. März 2013 (25)

 Projekt „Kundenstudie“
Unterstütztes Wohnen in Berlin

Erwartungen von Eltern an Träger wohnbezogener Einrichtungen

- Entwicklung neuer Wohnkonzepte unter der Leitidee Inklusion – für Menschen mit unterschiedlichem Unterstützungsbedarf
- Orientierung an den individuellen Bedürfnissen
- Umsetzung sozialraumorientierter Handlungsansätze zur sozialen Einbindung ins Wohnquartier (→ „Leben in Nachbarschaften“)
- Einbeziehung der Angehörigen in die fachliche Diskussion und die Planung von Wohnprojekten (→ Medium: Zukunftswerkstatt)

Dr. Monika Seifert BKEW-Mitgliederversammlung, 16. März 2013 (26)

Sorgen von Angehörigen: Selbstbestimmung

Leitidee Selbstbestimmung

- Veränderung des professionellen Selbstverständnisses in der Arbeit mit Menschen mit Behinderung
→ Assistenz statt Betreuung

- Überforderung für die Betroffenen?
 - Konzept der Selbstbestimmt-Leben-Bewegung kann nicht einfach übernommen werden
 - Erweiterung des professionellen Ansatzes i. S. einer „Ermöglichungspädagogik“

Dr. Monika Seifert

BKEW-Mitgliederversammlung, 16. März 2013 (27)

Aufgabe der Pädagogik

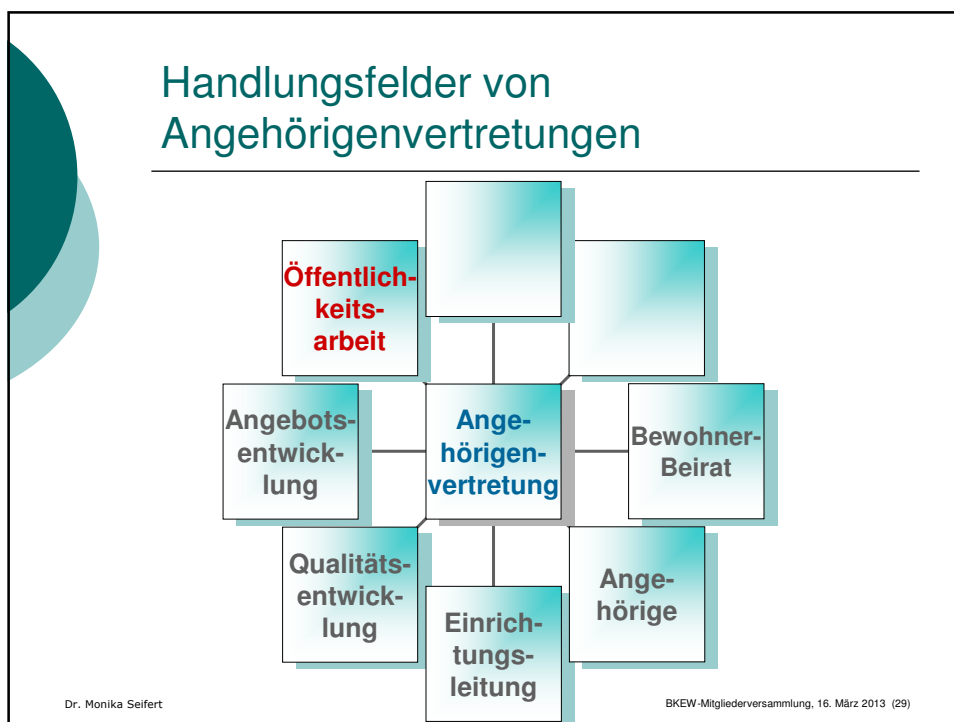
Gelegenheiten schaffen ...

Empowerment

- die individuellen Bedürfnisse zu erkennen
- die eigenen Kräfte zu entdecken oder zu entwickeln
- das Leben selbst zu gestalten
- sich für die eigenen Interessen einzusetzen
- größtmögliche Kontrolle über das eigene Leben zu erlangen
- die Teilhabe am Leben in der Gesellschaft zu sichern

Dr. Monika Seifert

BKEW-Mitgliederversammlung, 16. März 2013 (28)



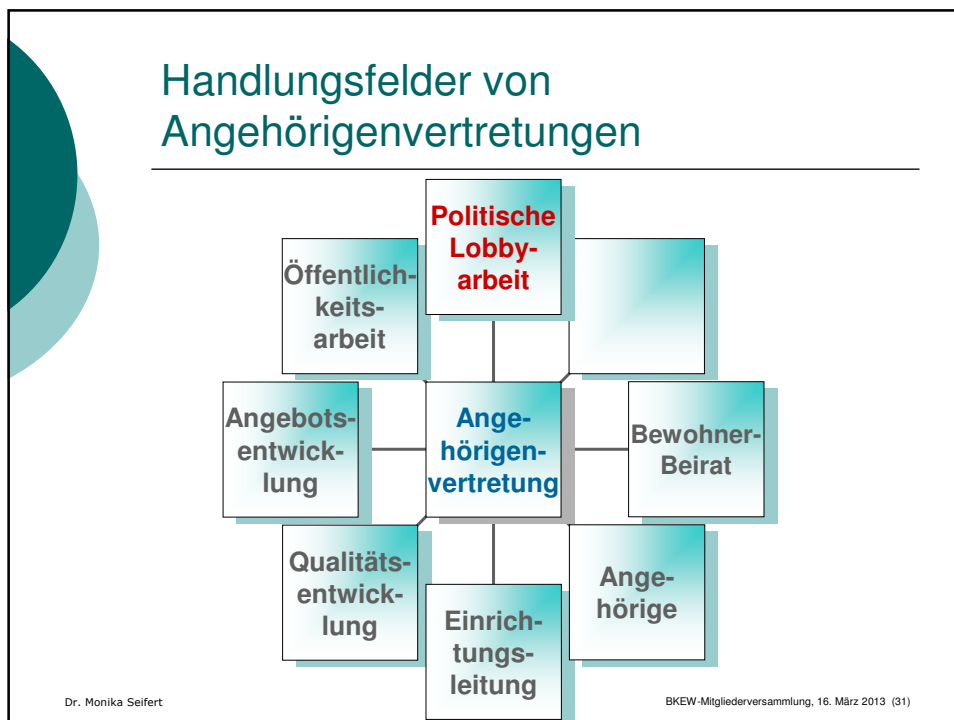
Öffentlichkeitsarbeit

→ Sensibilisierung der Bürger/innen für ein inklusives Denken und Handeln

- Schärfung des Bewusstseins der Bevölkerung für die Rechte von Menschen mit Behinderung
- Einfordern der Öffnung allgemeiner Einrichtungen und Angebote für Menschen mit Behinderung (Freizeit, Bildung, Gesundheit, Arbeit, Wohnen)
- Kein Ausschluss von Menschen mit hohem Hilfebedarf
- Werben für freiwilliges Engagement im Bereich der Behindertenhilfe
- Position beziehen zum allgemeinen Wertewandel in der Gesellschaft

Dr. Monika Seifert

BKEW-Mitgliederversammlung, 16. März 2013 (30)



- ## Politische Lobbyarbeit
- im **Spannungsfeld** zwischen
- zukunftsweisender Neuorientierung der professionellen Arbeit unter der Zielperspektive Inklusion
 - Instrumentalisierung sozialraumorientierter Konzepte zur Kostensteuerung
 - notwendiger Spezialisierung von Diensten und Einrichtungen zur Ermöglichung von Teilhabe unter erschwerten Bedingungen
- Dr. Monika Seifert
- BKEW-Mitgliederversammlung, 16. März 2013 (32)

Sorgen von Angehörigen: „Ambulantisierung“

- im Kern: ein **Sparmodell** – Verschlechterung der Lebensbedingungen von Menschen mit Behinderung
- mit **Risiken** verbunden
 - Gefahr der Vereinsamung
 - Gefahr der Verwahrlosung
 - Gefahr der „unerwünschten Freundeskreise“
- **Unsicherheit** hinsichtlich der Zukunftsperspektiven (z. B. Veränderung des Hilfebedarfs; Erhalt der Qualität der Unterstützung)

Dr. Monika Seifert

BKEW-Mitgliederversammlung, 16. März 2013 (33)

Sorgen von Angehörigen: Personen- zentrierung und Sozialraumorientierung

- **Persönliches Budget**
 - bei Menschen mit geistiger Behinderung noch viele Fragen offen
- **Sozialraumorientierung**
 - Konzepte entwickeln, die das Zusammenleben im Stadtteil bzw. der Gemeinde fördern
 - Gefahr der Instrumentalisierung informeller Netzwerke zur Kostendämpfung

Dr. Monika Seifert

BKEW-Mitgliederversammlung, 16. März 2013 (34)

Sorgen von Angehörigen: Menschen mit hohem Hilfebedarf

- „Restgruppen“ in Institutionen
- Infragestellung des „zweiten Milieus“
- „Abschiebung“ in Pflegeheime

→ Menschen mit schweren Behinderungen –
in der Inklusions- und Sozialraumdebatte
kein Thema!

Sorgen von Angehörigen: Reduzierung der Qualität der Angebote

→ UN-Behindertenrechtskonvention:
Inklusion für alle!

Voraussetzungen:

- **Notwendigkeit fachlicher Hilfen** sowie **spezialisierte Dienste vor Ort**
- Inklusion für Menschen mit komplexem Unterstützungsbedarf erfordert mehr als eine **Änderung der Strukturen**.
- Ermöglichung von Teilhabe erfordert **personelle Ressourcen** zur individuellen Begleitung und Unterstützung sowie zur Erschließung des Sozialraums für diesen Personenkreis (i. S. von enabling community).

Regionale multiprofessionelle Unterstützungsstrukturen

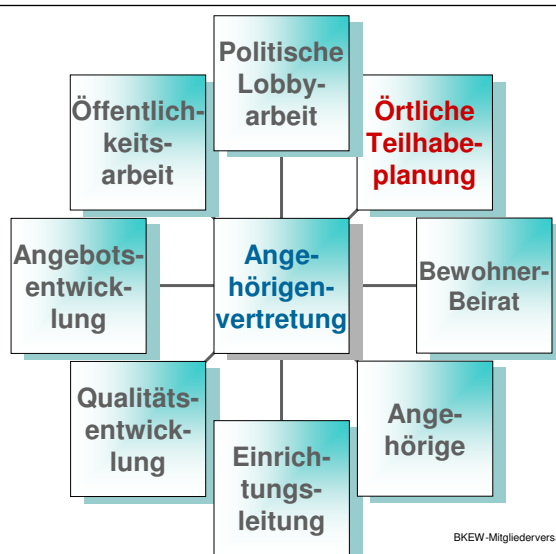
für Menschen mit spezifischen Bedarfslagen

- Öffnung bestehender medizinischer, vor allem psychiatrischer und neurologischer Dienste sowie psychotherapeutischer Dienste
- Qualifizierung der Fachkräfte in allgemein zugänglichen medizinischen, therapeutischen und psychosozialen Diensten für den Umgang mit dem genannten Personenkreis
- Einrichtung spezieller Dienste im Gemeinwesen (Beratung, Therapien, Krisenintervention) – möglichst in Anbindung an Dienste für die Allgemeinheit

Dr. Monika Seifert

BKEW-Mitgliederversammlung, 16. März 2013 (37)

Handlungsfelder von Angehörigenvertretungen



Dr. Monika Seifert

BKEW-Mitgliederversammlung, 16. März 2013 (38)

Angehörigenvertretungen – eine Zukunftsperspektive?

einrichtungstern:

- Kritisch-konstruktive Begleitung der Arbeit vor Ort
und der Weiterentwicklung der Angebote

einrichtungübergreifend:

- Institutionelle Unabhängigkeit durch Kooperation und
Vernetzung mit anderen Angehörigenvertretungen
- Wächterfunktion in Zeiten des Umbaus der
Behindertenhilfe
- Anwaltschaft für Menschen mit Behinderung
- Partner in Veränderungsprozessen

Dr. Monika Seifert

BKEW-Mitgliederversammlung, 16. März 2013 (39)

Danke für Ihre Aufmerksamkeit!

Literaturhinweis

Monika Seifert: Kundenstudie - Bedarf an Dienstleistungen zur
Unterstützung des Wohnens von Menschen mit Behinderung.

Berlin: Rhombos-Verlag 2010

ISBN 978-3-941216-28-0

Zusammenfassung der Ergebnisse kostenlos erhältlich bei:
gaubert@paritaet-berlin.de

Kontakt: monikaseifert@gmx.de